

ARNDT HOPFMANN

## Die Linke zwischen Regierung und Revolution

Man mag es als ›Ironie der Geschichte‹ ansehen oder auch nicht – ungeachtet der historischen Niederlage des staatssozialistischen Systems sowjetischen Typs im mittleren und östlichen Europa hat die sozialistische Idee zumindest als (mit)regierungsfähige politische Richtung offenbar keineswegs ausgedient. Dies können sich jedoch kaum die ›gewendeten‹ Potentaten der gescheiterten Sozialismusvariante zu gute halten. Vielmehr ist es die neuerlich vehement zutage tretende Radikalität der Vermarktwirtschaftlichung gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse, die unter dem Begriff ›Globalisierung‹ unaufhaltbar scheint und die für große Teile der Bevölkerung Vorsichtsmaßnahmen nach dem Motto ›zu meiner persönlich Sicherheit fahre ich rechts und wähle links‹ geboten erscheinen läßt. Daraus erwächst für linke, poststaatssozialistische Parteien mit den programmatischen Ziel einer gesellschaftlichen Alternative allerdings eine unerwartete Herausforderung. Kaum daß sie sich der zweifellos verfehlten real-sozialistischen Politikkonzepte bewußt wurden, sehen sie sich bereits wieder mit der Erwartung konfrontiert, politikgestaltenden Aufgaben zu übernehmen – oft ohne sich bereits über das Was und Wie gesellschaftlicher Gegenentwürfe im Klaren zu sein.

Im folgenden wird versucht, die Dimension dieser Herausforderung zu ermessen und am Beispiel der Südafrikanischen Republik – und der dort regierenden Dreier-Allianz von pro-sozialistischen Bewegungen (ANC, COSATU, SACP) – zu zeigen, welche systemimmanenten ›Fallen‹ aus der (wenn auch nur impliziten) Anerkennung des Globalisierungsparadigmas resultieren. Ein Fazit beleuchtet schließlich naheliegende programmatisch-strategische Aspekte.

### *Die Logik der Globalisierung und ihre Konsequenzen für linke Politik*

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat ein Begriff Karriere gemacht, der wohl wie kein zweiter heute weltweit die Strategien und die Legitimation politischen Handelns bestimmt – die Globalisierung. Dabei ist die Substanz des »G-Wortes« (diese Paraphrase stammt von *Kurt Hübner*) keineswegs unumstritten.

Für manche verbirgt sich dahinter lediglich ein *Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens* und eine damit einhergehende Ausweitung politischer und ökonomischer Entscheidungshorizonte, der bereits seit mindestens zwei Jahrhunderten andauert und in dessen ungehindertem Fortgang oft die einzige Möglichkeit gesehen wird, die aktuellen Weltprobleme zu lösen (vgl. statt anderer Weiz-



Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., studierte in Leipzig Volkswirtschaftslehre und Afrikanistik, arbeitet über Fragen der ökonomischen Entwicklungstheorie und der Systemtransformation und ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«, kürzlich erschien: »Transformations- theorie – Stand, Defizite, Perspektiven« (zusammen mit Michael Wolf, LIT-Verlag 2001).

»Das neue Wort ›Globalisierung‹ hat die Ökonomen nicht sonderlich interessiert, weil für sie der Vorgang der Globalisierung seit zwei Jahrhunderten das tägliche Brot ist.«

C. Christian von Weizsäcker (1999): *Logik der Globalisierung*, Göttingen S. 5 f.

»Der Kern des Transformationsprozesses neoliberaler Globalisierung wurzelt darin, das der Abbau gesellschaftlicher Regulation vor allem durch die Transformation der keynesianischen, sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regulationssysteme ... mit einem Prozeß des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft korrespondiert, in dem sich die Dominanz betriebswirtschaftlicher Regulationsmuster und die Stilisierung kapitalistischer regulation zum universellen Entwicklungsmuster entfalten können.  
Bernd Röttger (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster, S. 29.

»Globalisierung« ist ein Dogma und ein Kampfbegriff des Neoliberalismus.«  
Michael R. Krätke (o. J.): Marx und die Globalisierung, S. 16.

»Gemessen am vorhandenen Globalisierungspotential kann die gegenwärtige weltweite Struktur des ökonomischen Verwertungs- und Reproduktionsprozesses bei weitem als noch nicht ausgeschöpft bezeichnet werden.«  
Kurt Hübner (1998): Der Globalisierungskomplex, Berlin, S. 224 f.

»Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals.«  
Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 161.

säcker 1999). Andere betonen die *politisch-strategische Dimension* des Begriffs, mit der insbesondere die bedingungslose Orientierung von Nationalökonomien auf den Weltmarkt und die Verallgemeinerung betriebswirtschaftlicher Logik in allen Gesellschaftsbereichen verbunden werden (vgl. statt anderer Röttger 1997). Dieser Auffassung folgend erweist sich die ökonomische Globalisierung als ein politisch vorangetriebener Prozeß »der ›Entbettung‹ aus sozialen Zusammenhängen« (Alt Vater/Mahnkopf 1996 a: 27). Das »G-Wort« gewinnt so eine Funktion als ideologische Konstruktion, mittels derer der »rechte Glauben an die alles beherrschende, weltumspannende ›Rationalität‹ einer kapitalistischen Marktwirtschaft« (Krätke o. J.: 15) verbreitet und konfirmiert werden soll. Schließlich bezweifeln wieder andere, daß es sich beim der aktuellen »Globalisierungswelle« überhaupt um ein ökonomisch besonders bemerkenswertes Phänomen handelt, da es durchaus bereits Entwicklungsphasen des Weltmarkts gab, in denen der Internationalisierungsgrad von Wirtschaftsprozessen zumindest ähnlich hoch war wie heute; was bestenfalls neu ist, rührt aus der politischen Dimension her (vgl. statt anderer Hübner 1998).

Unabhängig davon wie stark und worin auch immer sich die einzelnen Interpretationen des »G-Wortes« unterscheiden, wird doch insgesamt deutlich, daß sich im Begriff selbst mehr oder weniger klar zwei Zusammenhänge durchdringen, die wesentlich seine erstaunliche heutige Wirkungsmächtigkeit zu erklären vermögen. Das ist *zum einen* die seit dem 16. Jahrhundert – also seit deutlich mehr als zwei Jahrhunderten – virulente »propagandistische Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt herzustellen« (Karl Marx), die sich im Kapitalismus als eine allgegenwärtige, harte gesellschaftliche Realität erweist. Bei der neuerlichen Globalisierungswelle handelt es sich mithin lediglich um die jüngste Phase eines langwierigen *Prozesses der Herausbildung und Entwicklung eines kapitalistischen Weltsystems*, in dessen Zentrum der Weltmarkt steht. Ihre besondere »Durchschlagskraft« resultiert neben den Folgewirkungen eines ganzen Komplexes technologischer Innovationen, die vor allem zu einer enormen Kontraktion von Raum und Zeit interkontinentaler Kommunikation (sowohl der Informations- als auch der Güterzirkulation) geführt haben, auch daraus, daß mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa die Globalität kapitalistischer Verhältnisse (wieder)hergestellt wurde. *Zum anderen* handelt es sich um ein von neoklassischen Theoremen gespeistes *politisches Herrschaftsprojekt*, mit dem eine bisher »unbekannte Hyperkomplexität der Problemlagen« (Klein 1993: 9) – von ökonomisch-sozialer Unterentwicklung in der »Dritten Welt« über Verarmungsprozesse und chronische Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern bis zur globalen Zerstörung der natürlichen Umwelt – marktwirtschaftlich bewältigt werden sollen. Kernstück dieses Projekts ist eine (neoliberale) Ideologie, die Alternativen zur Verbetriebswirtschaftlichung der gesamten Gesellschaft nicht nur als reaktionär beziehungsweise fortschrittsfeindlich denunziert, sondern auch die »praktische Unmöglichkeit« derartiger Alternativen behauptet. Das ideologische Konstrukt, die Idee, wird nicht zuletzt dadurch zur »materiellen Gewalt«, daß die ökonomischen und politischen Akteure un-

ter dem bedrohlich wachsenden Druck der Probleme ein spezifisches ›Globalisierungsbewußtsein‹ entwickeln. Die verwertungskonformen Lösungsstrategien werden als alternativlose ›Sachzwänge‹ inszeniert und als solche zudem akzeptiert (vgl. Hirsch 1995).

Auch ohne daß es bereits handfeste Beweise dafür gibt, gehen die Akteure davon aus, daß sich hinter den wahrnehmbaren weltwirtschaftlichen Veränderungen eine grundlegende Entsicherung ihre bisherigen Existenzweise verbirgt. Und in dem sie glauben, sich heute schon ihren Erwartungen entsprechend verhalten zu müssen, geben sie nicht nur politische Gestaltungsräume freiwillig preis, sie tragen aktiv dazu bei, daß die viel beschworenen ›Sachzwänge‹ der Globalisierung auch tatsächlich wirklichkeitsmächtig werden. Die allenthalben im Zuge der Globalisierung konstatierte *Verohnmächtigung der Politik gegenüber den Marktkräften* erscheint als folglich unvermeidliche Konsequenz.

Das sich hinter dem Dogma der Verbetriebswirtschaftlichung aller gesellschaftlichen Sphären verborgende Problem besteht schlicht darin, daß die oben apostrophierten ›hyperkomplexen Problemlagen‹ unter den gegebenen kapitalistischen Reproduktionsbedingungen nur dann überhaupt systemkonform bewältigt werden können, wenn es gelingt, *hohe Wachstumsraten* aufrechtzuerhalten. Diese Bedingungen, unter denen alle zukünftige Reproduktion nur dann finanzierbar erscheint, wenn das Kapital (tendenziell wachsende) Profite realisiert, erzwingen quasi ultimativ wirtschaftliches Wachstum – auch wenn die Logik der Wirtschaftsentwicklung in der ›langen Frist‹ dieses faktisch ausschließt (vgl. Reuter 2000). In einem geschlossenen globalen System von Rohstoffen und einem nach Maßgabe der Sonneneinstrahlung nur bescheiden wachsenden Energiekontingent – sowie angesichts objektiv begrenzter (Konsum)Zeit für eine schier unaufhaltsam zunehmende Menge an Gütern – ist es jedoch schlechthin eine Unmöglichkeit, daß die Wirtschaft unbegrenzt wächst. Genau dagegen rebelliert der neoliberal fundierte »Globalisierungskomplex« (Hübner). Wenn die inzwischen unabweisbar gewordenen Probleme von Unterentwicklung, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung irgendwie kapitalistisch bewältigt werden sollen, dann nur mittels der ›Gier nach Profit‹ – und diese ist ohne stetiges Wachstum nicht zu stillen. Alles andere würde nämlich darauf hinauslaufen, daß aus der vorhandenen Masse des gesellschaftlichen Reichtums Umverteilungen aus der Substanz vorgenommen werden müßten; das heißt, die Beseitigung von Entwicklungsnotständen könnte nur durch Eingriffe in den akkumulierten, jedoch auf die sozialen Gruppen höchst unterschiedlich verteilten Vermögensbestand erreicht werden. Um dies zu vermeiden, lautet die Devise des Globalisierungsdiskurses schlicht und ergreifend: Es müssen um jeden (sozialen) Preis profitable Bedingungen der Kapitalverwertung – ergo Wachstumspotentiale – erschlossen werden. Das ist die ultima ratio des Systems – und damit auch die aller systemimmanenten Politikkonzepte.

Politik (mit)gestalten unter den aktuellen Bedingungen läuft also zwangsläufig auf die Anerkennung einer spezifischen Logik von ›Systemprioritäten‹ hinaus. Und diese Wahrnehmung ist unabhängig von der (sozial)politischen Couleur der jeweils herrschenden Partei-

»Heute ist Globalisierung gleichbedeutend mit De-regulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften.« Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf (1996 b): Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Widerspruch, Nr. 31 (Juli), S. 19.

»Mit der wachsenden Möglichkeit, mehr Konsumgüter zu erwerben, ist wegen vorhandener Zeitlimits unumgänglich verbunden, daß die Nutzungsdauer pro Konsumgut zurückgeht. Auch eine Reduktion der Nutzungsdauer pro Konsumgut auf ein gerade noch vertretbares Minimum ändert nichts an der Tatsache definitiver Grenzen der Nutzung zusätzlicher Güter.«

Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 413.

enkoalition. Daher rührt nicht zuletzt die auf den ersten Blick merkwürdige Alternativlosigkeit politischer Strategien, unabhängig davon, welche politische Strömung respektive Partei gerade an der Macht ist.

Sich auf (Mit)Regieren einzulassen, ohne das Gesellschaftssystem grundlegend in Frage zu stellen, bedeutet daher auch und gerade für linke Parteien unausweichlich, sich dem systemischen Wachstumszwang zu unterwerfen. Diesen Beweis hat die regierungspolitisch europaweit dominierende Sozialdemokratie längst angetreten.

Sind die Grundlagen des (Welt)Systems erst einmal akzeptiert, erschließt sich die (global wie regional identische) Logik des politischen Handelns also quasi von selbst. Ganz vorn steht dann zwangsläufig die Prämisse vom ›Standortwettbewerb‹. Denn nur, wenn es gelingt, in Konkurrenz zum ›Rest der Welt‹ Effektivitätsvorteile zu erzielen, kann ein (überdurchschnittlich) hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden – und dies sowohl durch die einheimischen Unternehmen als auch durch die Neuansiedlung von ausländischen Firmen, durch Direktinvestitionen und die dadurch installierte »Hochwertproduktion« mit ihren »Hochlohnarbeitsplätzen« (Narr/Schubert 1994). Dafür wiederum gilt ein ganzes Bündel an Maßnahmen als hilfreich, das wiederum, dadurch daß es überall angewandt wird, den ›Standortwettbewerb‹ zusätzlich anspornt. Gerade deshalb ist das ›Minimum‹ an wirtschaftspolitischen Maßnahmen logischerweise überall dasselbe. Und immer ist der Staat, der in der Regel lauthals als in der Wirtschaft ›unerwünscht‹ verschrien wird, besonders gefordert; vor allem dort, wo er jene Aufwendungen übernimmt, die (insbesondere im Bereich der Infrastruktur) zwar der Kapitalverwertung dienen, die aber privatkapitalistisch nicht profitabel finanzierbar sind.

Am Anfang steht indessen stets, eine konsequente Außenorientierung der Wirtschaft durchzusetzen und dafür natürlich die ›Kapitalkosten‹ durchgreifend zu senken. Dies betrifft sowohl die Begrenzung der Lohnkosten (»moderate Lohnabschlüsse«) als auch die Senkung der Unternehmenssteuern, aber auch das Abwerfen ›sozialen Ballasts‹, was in der Regel nicht nur zum »Umbau« – sprich: zur Kommerzialisierung und Privatisierung – des Systems sozialer Sicherungen führt, sondern auch die Akzeptanz offener Armut erfordert. Wer ausländische Direktinvestitionen ›ermutigen‹ will, um auf diese Weise mehr Wachstum zu erreichen, für den genügt konsequenterweise nicht die Absenkung von Sozialstandards und das Einstellen potentiell defiziträchtiger Aktivitäten, der muß auch für die Sicherung der Werthaltigkeit der Währung Sorge tragen, wofür ein positiver Zinssatz und die Stabilität des Wechselkurses das non plus ultra darstellen. Denn ohne einigermaßen sicher zu kalkulierende Profite, deren Grundlage eine international vergleichbare Kostenrechnung (auf der Basis von relativ stabilen Wechselkursen) ist, und ohne einem Zinssatz oberhalb der Inflationsrate, sind – folgt man den Sachzwängen der Globalisierung – keine Wachstumspotentiale beziehungsweise Direktinvestitionen zu mobilisieren. Weil sie unmittelbar auf den Zinsfuß wirkt, ist dementsprechend auch die ›Entschuldung‹, sowohl in bezug auf das nationale Budget wie die gegenüber ausländischen Gläubigern, eine Grundvoraussetzung für eine ›attraktive‹ Standortpolitik.

»Transnationaler Wettbewerb um die Beherrschung von Basistechnologien und deren kommerzielle Anwendung ist ein Wettbewerb zur Erhaltung des Wohlstands nicht mehr von Nationen, sondern von transnational orientierten Minderheiten innerhalb heterogener Nationen. Nicht das Wohl der ›Nation‹ steht im Vordergrund, sondern das einer sinkenden Anzahl von Beschäftigten der Hochwertproduktion.«  
Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M., S. 74.

»Der Kapitalimport funktioniert ... nur, wenn die Konditionen (Zinsen, Geldwertstabilität, Kurs der Währung) attraktiv sind. Also braucht es stabile Währungen, hohe Zinsen und ... einen stabilen Wechselkurs.«  
Elmar Altvater (2001): Das Öl in Baku, eine Botschaft aus der H-Street und Bratwürste im Gugelhof. Zum Zusammenhang von Energiemodell, Finanzregime und Politik, in: Altvater, E., Galtung, J. et al., Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus, Wien, S. 24.

Wer sich also – insbesondere als linke Bewegung – am (Mit)Regieren unter den Bedingungen des (Spät)Kapitalismus versucht, der muß bereit sein, aus der neueren Globalisierungsgeschichte zu lernen, daß solche althergebrachten Instrumente der ›Entwicklungspolitik‹ wie konjunktur- wie sozialpolitisch motivierte Budgetdefizite (deficit spending), hohe Lohnstandards – denn, wenn die Exportorientierung im Zentrum steht, spielt die Kaufkraft der einheimischen Arbeiter (vermeintlich) keine Rolle mehr – und der Schutz des Binnenmarktes (Importsubstitution) in der Logik der Globalisierung keinen Platz mehr haben. Maßstab für jeden wirtschaftspolitischen Erfolg ist das – zu welchem Preis auch immer erzielte – *Wirtschaftswachstum*. Daraus folgt eine harte Konsequenz. Wer Alternativen *innerhalb* des herrschenden Gesellschaftsmodells aufzeigen will, der muß nicht nur regional oder national dimensionierte profitträchtige (Wachstums)Alternativen parat haben, der muß auch weltwirtschaftliche Zusammenhänge und Möglichkeiten zu deren Veränderung mitdenken. Das ist der Maßstab, an dem sich linke Politik *innerhalb* eines sich fortschreitend globalisierenden Weltmarktssystems messen lassen muß – sofern sie das System selbst nicht unmittelbar in Frage stellen will (und kann).

#### *Zum Beispiel Südafrika*

Welche durchgreifenden Auswirkungen die über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von den Industrienationen geschaffenen Globalisierungszwänge in der Realität haben, ließe sich ohne weiteres und eindrucksvoll anhand der Transformationsländer des ehemaligen ›Ostblocks‹ illustrieren. Dort, unter den Bedingungen einer (Wieder)Einführung des Kapitalismus, werden die Konsequenzen der Globalisierung allerdings eher als unbeabsichtigte ›Kollateralschäden‹ abgetan – was sie jedoch keineswegs sind. Von besonderem Interesse für eine ausdrücklich links-sozialistische Praxis ist jedoch jener außergewöhnliche Fall, wo die ökonomisch-politischen Akteure – allen Widrigkeiten der Globalisierungsmanie zum Trotz – noch in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts einen zumindest protozialistischen Entwicklungsweg einschlagen wollen beziehungsweise wollten. Gerade hier bietet die Republik Südafrika ein instruktives Beispiel.

Ohne alle maßgeblichen Ereignisse an dieser Stelle auch nur einigermaßen hinreichend würdigen zu können, setzt die für die Überlegungen hier wichtige Phase nationaler Entwicklung 1994, mit der demokratisch legitimierten Ablösung des (Post)Apartheid-Regimes durch die Dreier-Allianz von ANC (African National Congress), COSATU (Congress of South African Trade Unions) und SACP (South African Communist Party), ein. Grundlage der beabsichtigten tiefgreifenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse war das *Programm für Wiederaufbau und Entwicklung* (RDP – Reconstruction and Development Programme). Dieses komplexe Programm wurde in einem langen Diskussionsprozeß, an dem eine Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonlichkeiten beteiligt war, erarbeitet und diente als strategische Basis für die seit 1994 regierende Dreier-Allianz auf nahezu allen Politikfeldern. Vor allem in den als Schlüsselfragen apostrophierten Einzelprogrammen – Grundbedürfnis-

»An integrated programme, based on the people, that provides peace and security for all and builds the nation, links reconstruction and development and deepens democracy – these are the six basic principles of the RDP.«

African National Congress (1994): The Reconstruction and Development Programme. A policy framework, Johannesburg, p. 7.

befriedigung, Entwicklung der Humanressourcen, Wirtschaftsentwicklung und Demokratisierung – wird deutlich, daß es sich tatsächlich um ein umfassendes, auf die aktive Beteiligung der Bürger setzendes Vorhaben handelt, das insbesondere auf eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen der bisher am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zielt. Von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und Teilen der COSATU wurde es daher als »Minimalprogramm« einer nationaldemokratischen Revolution mit der Perspektive eines Übergangs zur sozialistischen Revolution verstanden (vgl. statt anderer Netshitenzhe 2000; SACP 2001).

Das in bezug auf die Einzelprojekte ursprünglich für einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren konzipierte Programm stieß jedoch bereits nach relativ kurzer Zeit auf beträchtliche Umsetzungsschwierigkeiten. Insbesondere beim sozialen Wohnungsbau, beim angestrebten Abbau der Arbeitslosigkeit und bei der Versorgung auch der Ärmsten mit Gesundheitseinrichtungen, mit Zugang zu sauberem Wasser und Elektrizität blieb die Wirklichkeit weit hinter den programmatischen Absichtserklärungen zurück. Zu diesen eher binnenwirtschaftlichen beziehungsweise innenpolitischen Problemen kam schließlich noch eine merkliche Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation, die sich vor allem in einer einschneidenden Verschlechterung des Wechselkurses des Südafrikanischen Rand zum US-Dollar niederschlug (vgl. Goldberg 1996 und dort angegebene Daten). Neben den wirtschaftlichen Problemen bereitete zudem die von den großen Konzernen maßgeblich unterstützte Strategie des »Black Empowerment« – die Schaffung einer Klasse schwarzer Kapitalisten insbesondere durch der Integration von schwarzen Führungskräften in die Konzernzentralen – den politisch-sozialen Boden für einen grundlegenden Strategiewandel. Dieser wurde schließlich im Juni 1996 mit der Verkündung eines »neuen makroökonomischen Politikrahmens«, der unter dem Kurzwort GEAR (Growth, Employment and Redistripution) firmiert, vollzogen.

Im Gegensatz zum RDP ist GEAR nicht das Produkt einer langen Debatte mit unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen, sondern ist von 15 Wirtschaftsexperten im Auftrag des Finanzministeriums erarbeitet worden. Und entsprechend ist es auch ausgestaltet. GEAR ist im Kern ein von neoliberalen Ideen inspiriertes Struktur Anpassungsprogramm, das sich die Dreier-Allianz unter Führung des ANC selbst auferlegt hat (während derartige Programme in der »Dritten Welt« ansonsten üblicherweise von Weltbank und Internationalem Währungsfonds aufgeherrsch werden). Sein Inhalt steht auch nicht zur Disposition für eine öffentliche Diskussion. Die »von oben« verfügten Festlegungen selbst umfassen nahezu das gesamte Spektrum von Maßnahmen, mit denen in der Logik der Globalisierung Wirtschaftswachstum als ultimative Voraussetzung für die Lösung jedweder Probleme erzeugt werden soll (vgl. Khanya 1997). An vorderster Stelle stehen folgerichtig die konsequente Orientierung auf den Weltmarkt und in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer »konkurrenzfähigen« südafrikanischen Wirtschaft mit stabil hohen Wachstumsraten. Maßgeblich verantwortlich für die Schaffung einer »wachstumsdienlichen Atmosphäre« ist der Staat, der sich auf Infrastrukturinvestitionen und eine unternehmensfreundliche Fiskal- und

»This strategy (i. e. GEAR – ah.) is government policy. Its fundamentals are not up for negotiation.«

Nelson Mandela  
(damaliger Präsident)

»The plan is based on sound economic principles and compiled by well-qualified economists.«

Peter Hilsenrath (Chef-ökonom der Syfrets Bank)

»For us to co-operate with big business, international finance and the Government in implementing GEAR is like being told to dig our own graves – jump in voluntarily and then wait to have the earth thrown on top of us by the representatives of those interests.«

Sam Shilowa (COSATU-Generalsekretär)

Währungspolitik konzentrieren soll. Gerade die damit verbundenen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung über eine Politik des knappen Geldes (relativ hoher Realzinssatz bei stagnierenden oder gar sinkenden Realeinkommen) und die Bemühungen zur Wechselkursstabilisierung durch die Begrenzung beziehungsweise den verstärkten Abbau der Außenverschuldung wirken jedoch tendenziell wachstumshemmend, wodurch jenem Phänomen Vorschub geleistet wird, das János Kornai mit Bezug auf die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer als »Transformationsrezession« (vgl. Kornai 1996: 97 ff.) bezeichnet hat. Die Wirtschaftsentwicklung leidet sowohl auf dem Konsumgüter- als auch auf dem Investitionsgütermarkt unter einem chronischen »Zustand unzureichender Nachfrage« (Kornai 1996: 110). Die neoliberale Orthodoxie geht jedoch beharrlich davon aus, daß hohe Realzinsen und niedrige Inflation in Verbindung mit einem stabilen Wechselkurs ausländische Direktinvestitionen anlocken würden, die schließlich zu mehr Wirtschaftswachstum und so zu mehr Beschäftigung führen sollen. Dazu bedürfte es allerdings zudem noch steuerlicher Anreize und vor allem der »Zurückhaltung« bei den Lohnforderungen der Arbeiter. Schließlich kommt auch der aus allen neoliberalen Wirtschaftsprogrammen nur zu gut bekannte »Umbau« der sozialen Sicherungssysteme in Kombination mit der berüchtigten »Restrukturierung der Staatsausgaben« zum Zuge. Im Zentrum derartiger Maßnahmen steht auch in Südafrika die Kommerzialisierung – mitunter verbunden mit der Privatisierung – staatlicher Leistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, beim Wohnungsbau und bei der Versorgung mit Wasser und Elektrizität.

Die bisherigen Resultate von GEAR sind alles andere als berauschend. Zwar konnten in bezug auf die Wechselkursstabilität und bei der Entwicklung der Verschuldung gewisse Erfolge erreicht werden; aber insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden keine Fortschritte erzielt. Tatsächlich gingen sogar Arbeitsplätze im formellen Sektor der Wirtschaft verloren, während die Tendenz zur wachsenden Informalisierung weiterhin ungebrochen ist (zu einer Auswahl von Daten vgl. SACP 2001: 29 f.). Die Zahl der Unzufriedenen wächst aber auch infolge der steigenden Kosten für Bildung sowie für die Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Insbesondere bei dem im RDP noch zum elementaren Grundrecht erklärten Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität geht die Kommerzialisierung beziehungsweise Privatisierung der Versorgung mit einer steigenden Zahl von Haushalten einher, die einfach abgeschaltet werden, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können (vgl. Meer/Mngxitama/Ngawane 2001).

Die unsozialen Folgen des neoliberalen, wachstumsfixierten Strukturanpassungsprogramms GEAR liegen im heutigen Südafrika offen zutage. Wer jedoch von den explizit sozialistisch orientierten Mitgliedern der Dreier-Allianz – SACP und COSATU – erwartete, daß sie angesichts der neoliberalen Wende zumindest auf der Führungsebene des ANC die bisherige Regierungskoalition in Frage gestellt hätten, sieht sich getäuscht. Statt dessen firmiert die Debatte um Globalisierung und GEAR zwischen den Koalitionären unter dem Motto »eine gemeinsame Position zur weltwirtschaftlichen

Lage erarbeiten« und »an die globalen Realitäten anpassen« (Nzimande 2001: 17), während gleichzeitig plakativ am Anspruch einer Vertiefung der nationaldemokratischen zur sozialistischen Revolution (vgl. SACP 2001) festgehalten wird. Insgesamt geraten die hehren programmatischen Ziele der Südafrikanischen Kommunistischen Partei immer offensichtlicher in Widerspruch zu einer politischen Praxis, an der die Partei in herausragender (wenn auch nicht führender) Position beteiligt ist. Die ›Anpassung an die Realitäten‹, vor allem aber die Beteiligung an der Macht unter den Bedingungen einer »mehr und mehr ... ganz ›normalen‹ kapitalistischen Gesellschaft« (Goldberg 1996: 115) hat seinen Preis – die mehr oder weniger offene Unterwerfung unter die Globalisierungslogik und den faktischen Verzicht auf gesellschaftliche Alternativen.

#### *Ein Fazit mit programmatischen Ausblick*

Zweifellos hat der Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs viele kommunistische und Arbeiterparteien weltweit in ein programmatisch-visionäres Vakuum gestürzt. Mit dem Ende der Gewißheiten des »Marxismus-Leninismus« und seiner »Revolutions-theorie« verschwand auch der Anspruch auf das Wissen um eine wissenschaftlich begründete, gesetzmäßig hervortretende gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen System. Trotz dieser Kalamitäten haben die meisten der ehemaligen staatssozialistischen Regierungsparteien und viele kommunistischen Parteien im real existierenden Kapitalismus die historischen Zäsur erstaunlich gut überstanden. Das anti-soziale, neoliberale Globalisierungsprojekt des Kapitals hat diesen Parteien offenbar zu einer neuen politischen Rolle als mögliche Gegenspieler des marktradikalen Kurses verholfen.

Allerdings offenbaren sich in dem Maße, in dem die gewendeten Linksparteien durch die Wählerschaft zum (Mit)regieren erwählt werden, auch die *konzeptionellen Defizite*. Ohne eine praktikable politisch-programmatische Strategie, mit der die bislang oft nur behaupteten Alternativen zum neoliberalen Kurs wenigstens partiell in die Wirklichkeit umgesetzt werden können, drohen die linken Junior-Koalitionäre zu einem wohlfeilen Mehrheitsbeschaffer für vorzugs halber sozialdemokratisch verbrämte Globalisierungskonzepte zu verkommen.

Soweit die (demokratisch sozialistische) Transformation der herrschenden Verhältnisse in der Tat das hauptsächliche Langzeitziel der Bewegung geblieben ist und nach dem natürlich zuerst der wesentliche Inhalt dessen zu bestimmen wäre, was unter (demokratischen) Sozialismus verstanden werden soll, kristallisieren sich drei kritische programmatische Problemfelder heraus.

Zum *ersten* handelt es sich um die anerkanntermaßen schon seit längerem virulente (und außerhalb des staatssozialistischen Länder schon seit längerem offen zutage liegende) Frage nach den *Akteuren* einer sozialistischen Umgestaltung. Mit der Bestimmung der Arbeiterklasse als Demiurgen des Kommunismus durch *Karl Marx* und *Friedrich Engels* – eine Einsicht, die gesellschaftlichen Verhältnissen im ausgehenden 19. Und beginnenden 20. Jahrhundert durchaus angemessen war – wurde eine für die sozialistisch-kommunistische Bewegung kritische Frage sehr früh und vermeintlich ein für alle



Mal entschieden. Bis zuletzt wurde jeder Zweifel an diesem Dogma als eine Art Ketzerei verfolgt. Heute erweist sich die sozialistische orientierte Linke bestenfalls als Teil einer Vielzahl von kapitalismuskritischen Initiativen, die von den ›Globalisierungsgegnern‹ über die Aktivistinnen und Aktivisten im Bereich des Umweltschutzes bis zur feministischen und Gleichstellungsbewegung reichen. Jenseits von Avantgardeambitionen wäre es schon ein bedeutender Schritt, wenn es gelänge, eine Art stabile Vernetzung zwischen diesen unterschiedlichen Akteursgruppen zu erreichen und übergreifende Ziele zu bestimmen.

Eng mit der Subjektproblematik verbunden ist *zweitens* das Problem der *Formen gesellschaftlicher Transformation*. Es ist zweifellos ein unbestreitbarer Vorzug des klassischen Marxismus, das Problem formationeller Übergänge überhaupt theoretisch entdeckt und bearbeitet zu haben. Indem die Geschichte der Menschheit als Abfolge von historisch vergänglichen Gesellschaftsformationen begriffen wurde, trat folgerichtig auch die Frage nach den Formen und Mechanismen von Systemwechseln in das Blickfeld einer *allgemeinen Theorie gesellschaftlicher Evolution*. Ausgerüstet mit dem aus der Analyse der damaligen Zeit gewonnenen Begriffsapparat und in Ermangelung anderer empirischer Erfahrungen wurde maßgeblich von Marx und Engels eine Theorie der Systemwechsel konzipiert, die im Angesicht der bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts die Gestalt einer ›Revolutionstheorie‹ annahm. Damit wurde aus heutiger Sicht *voreilig* eine historisch besondere Form der gesellschaftlichen Transformation auf eine Art und Weise theoretisch verallgemeinert, die der durch die kapitalistisch-industrielle Produktionsweise entscheidend veränderten Perspektive der Formationsprozesse (vgl. Eichhorn 1996: 28) nicht gerecht zu werden vermochte. Ein wesentlicher Schwachpunkt der Marxschen Revolutionstheorie besteht nämlich genau darin, daß sie sich »im Bereich der undialektischen linearen Extrapolation« (Ruge 1999: 24) bewegt, und zwar insofern, als sie unterstellt, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus werde auf vergleichbarem Wege wie der vom Feudalismus zum Kapitalismus erfolgen. Damit verweigerte sie sich einer dialektischen Sicht, wonach eine qualitativ neue Gesellschaftsformation mit dem Entstehen und Aufbrechen bislang unbekannter Widersprüche sich auch auf qualitativ neue Weise wird durchsetzen müssen (vgl. Hopfmann/Wolf 2001: 38 - 40).

Das *dritte* Problemfeld ist zugleich auch das dringendste, weil es für die Mitwirkung in regierenden Koalitionen das kritischste ist – es geht um eine *wirtschaftspolitische Alternative zum neoliberalen Globalisierungsprojekt*. Hier erweisen sich die spärlichen Randbemerkungen zu einer Ökonomie des Sozialismus und Kommunismus, die *Karl Marx* in seiner »Kritik des Gothaer Programms« (MEW, Bd. 19) hinterlassen hat, als nur noch wenig hilfreich. Heute geht es längst nicht mehr um die Lösung der Eigentumsfrage allein dadurch, daß die »Expropriateurs expropriert werden« (Marx), oder gar um die Abschaffung des Geldes, sondern insbesondere auch um die Frage nach dem Sinn und einer umweltverträglichen Form wirtschaftlicher Entwicklung. Gerade mit Blick auf das kapitalistische Wachstumssyndrom erscheint die Herausbildung einer *post-marx-*

»(John Stuard) Mill thematisiert bereits in der Mitte des letzten Jahrhunderts dezidiert Sinn und ethische Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. ...Gedanken..., die erst 150 Jahre später – etwa in den ersten Berichten des Club of Rome – Gegenstand breiterer öffentlicher Diskussionen wurden.« Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 267.

»...niedrige oder zurückgehende Wachstumsraten in entwickelten Industrieländern (müssen) anders bewertet werden: Sie spiegeln nicht das Versagen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wider, sondern

dokumentieren umgekehrt den Erfolg vorangegangener wirtschaftlicher Anstrengungen. Sollte diese Interpretation die alte universale Wachstumsorientierung als Grundlage der Ökonomik entwickelter Industriegesellschaften ablösen, würden erhebliche wirtschaftstheoretische wie wirtschaftspolitische Neu- und Reformulierungen unabdingbar. Am Ende stünde die Notwendigkeit zur Entwicklung einer neuen *speziellen* ökonomischen Theorie und einer hieraus abgeleiteten *speziellen* Wirtschaftspolitik für reife Industriegesellschaften.«

Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 425.

*schen Kritik der politische Ökonomie ohne Marx* notwendig. *Marx* war bekanntlich viel zu sehr Modernisierungstheoretiker, und die Eingriffe der Produktionsweise in das ökologische System waren in ihren Konsequenzen noch viel zu wenig absehbar, als daß er hätte Wachstumsskeptiker sein können – obwohl stagnationstheoretische Überlegungen bereits zu Kernbestand der klassischen ökonomischen Theorie gehörten (vgl. Reuter 2000: 241-316).

Die Herausforderung der Entwicklung einer ökologisch notwendigen und sozial sinnvollen »Zeitenwende in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik« (Reuter 2000: 451) ist jedoch kolossal. Immerhin geht es um eine theoretisch fundierte und politisch-praktisch mehrheitsfähige Strategie, die auch und gerade eine zwingende Logik, die überlegene Rationalität ökonomischen Handelns, auf ihrer Seite hat. Das ist die Latte, über die gesprungen werden muß, denn unterhalb dessen kann gegen die selbstimmunisierende Rationalität der Globalisierung nichts ausgerichtet werden.

Bis es soweit ist – bis die Vision einer gesellschaftlichen Transformation in ihren Formen, in ihrer ökonomischen Logik und auch hinsichtlich jener Kräfte, die sie herbeiführen und tragen sollen – Gestalt angenommen hat, darf natürlich (mit)regiert werden; *allerdings ohne Hoffnung auf eine durchgreifende Lösung der brennenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen*. Diese Einsicht schließt jedoch zumindest die Notwendigkeit ein, sich zu diesem unbefriedigenden Stand der Dinge offen zu bekennen.

## Spendenaufruf – Hilfe für Waisenkinder in Rußland

Seit 1999 unterstützen wir das Waisenhaus und medizinische Einrichtungen in Archangelsk. Durch unsere Kontakte vor Ort wissen wir, woran es am meisten fehlt – Hilfsgüter und Sachspenden übergeben wir persönlich. Beteiligen Sie sich an unserer privaten Initiative, die das Leben der Kinder und die Arbeit der Ärzte erleichtert.

Nähere Informationen  
über Gertrud und Ludger Büld  
Tel.: 04465/77009 oder 04941/602489  
mail: bueld@aur.wsdnw.de  
Spendenkonto: 100 122 399  
bei der Kreissparkasse Aurich (BLZ 284 510 50)